

## Indonesien

Einwohner:	Religionszugehörigkeit:	
262 Millionen	Muslime:	87 %
	Christen:	10 %
	Sonstige:	3 %



### Größte muslimische Nation der Welt

Indonesien ist das größte muslimische Land der Erde. Etwa 87 Prozent der rund 262 Millionen Einwohner bekennen sich zum Islam. Trotzdem ist der Islam nicht als Staatsreligion festgelegt.

Indonesien ist ein Inselstaat mit rund 6000 bewohnten Inseln und einer großen ethnischen Vielfalt. Man zählt über 300 verschiedene Volksgruppen. Um dem Vielvölkerstaat eine gemeinsame identitätsstiftende Grundlage zu geben, wurden in der Präambel der Verfassung „fünf Prinzipien“ (Pancasila in Sanskrit) für den nationalen Zusammenhalt bestimmt:

- (1) Glaube an den einen und einzigen Gott,
- (2) Achtung der Menschenwürde,
- (3) nationale Einheit,
- (4) Demokratie und
- (5) soziale Gerechtigkeit.

Das nationale Motto des Landes lautet „Einheit in Vielfalt“.

Seit 1998 ist Indonesien eine Demokratie, nachdem es zuvor von autokratischen Regierungen beherrscht wurde. Indonesien ist damit einer der wenigen demokratischen muslimischen Staaten. Zwei große Herausforderungen gefährden allerdings die bisherige demokratische Entwicklung in Indonesien: verbreitete Korruption in Politik und Wirtschaft und wachsende Intoleranz in religiösen Dingen. Im Oktober 2014 hat eine neue Regierung die Amtsgeschäfte übernommen. Der neue Präsident, Joko Widodo, gilt als Reformier. Er will die Qualität des Bildungswesens verbessern und die Korruption bekämpfen. Auch will er etwas gegen die verbreitete Diskriminierung religiöser Minderheiten unternehmen.

In der Verfassung wird Religionsfreiheit garantiert. Durch das Ministerium für religiöse Angelegenheiten sind sechs Religionsgemeinschaften von

staatlicher Seite offiziell anerkannt: Islam, Katholische Kirche, Protestantische Kirche, Buddhismus, Hinduismus und Konfuzianismus. Andere Religionsgemeinschaften können sich beim Ministerium für Kultur und Tourismus als soziale Organisation registrieren lassen.

Früher waren die Bürger Indonesiens verpflichtet, in ihren Ausweispapieren ihre Religionszugehörigkeit anzugeben. Allerdings standen dafür nur die sechs offiziell anerkannten Religionen zur Auswahl. Im Januar 2014 forderte der Vize-Gouverneur von Jakarta, Basuki Tjahaja Purnama, die Angabe der Religion auf dem Personalausweis zu entfernen. Aus Sicht des christlichen Politikers wäre dies ein Schritt zu mehr Toleranz und größerer Religionsfreiheit. Befürworter der Pflicht zur Religionsangabe in Pässen wollen damit vor allem interreligiöse Hochzeiten verhindern. Unter Präsident Joko Widodo wurde die Vorschrift geändert. Die Angabe der Religionszugehörigkeit im Personalausweis ist jetzt freiwillig.

### **Traditionell moderater Islam**

Fast alle Muslime in Indonesien gehören zum sunnitischen Islam. Es gibt nur sehr kleine Minderheiten von schiitischen Muslimen und Anhängern der Ahmadiyya-Gemeinschaft. Etwa 40 Millionen indonesische Muslime gehören der 1926 gegründeten Organisation Nahdlatul Ulama (NU, „Wiedererwachen der Gelehrten“) an. Sie ist die größte islamische Organisation weltweit und vertritt einen eher gemäßigten Islam. Radikalere Auslegungen des Islams wie Salafismus oder Wahhabismus werden von ihr abgelehnt. Im Juni 2016 zum Beispiel forderte die NU die Regierung in Jakarta auf, energischer gegen islamische Gruppen vorzugehen, die einen radikalislamischen Gottesstaat errichten wollen. Zuvor hatte die NU im April 2016 in Jakarta einen „Internationalen Gipfel für moderate islamische Führer“ veranstaltet, an dem Vertreter aus 33 islamischen Ländern teilnahmen. Eine zweite große und einflussreiche islamische Organisation in Indonesien ist die Muhammadiyah („Anhänger des Mohammed“). Sie wurde 1912 gegründet und hat heute etwa 30 Millionen Mitglieder. Auch sie gilt als eher moderate Organisation. Vor allem in ländlichen Regionen Indonesiens ist der Islam mit Elementen der ursprünglichen Volksreligion vermischt, was orthodoxe Muslime als Synkretismus ansehen. Der Islam in Indonesien galt lange Zeit als vergleichs-

weise moderat und tolerant gegenüber der ethnischen und religiösen Vielfalt in Indonesien.

### **Zunehmend konservative islamische Strömungen**

Indonesiens lange Tradition des religiösen Pluralismus und der Harmonie ist aber zunehmend gefährdet, religiöse Intoleranz breitet sich aus, angetrieben vom radikalen Islamismus. Die Anschläge auf Kirchen nehmen zu, immer mehr Kirchen sind gezwungen, ihre Türen verschlossen zu halten. Andere Glaubensgemeinschaften, wie die Ahmadi und die Schiiten innerhalb des Islam, aber auch die Buddhisten, die Hindus, die Bahai, die Anhänger des Konfuzianismus, der einheimischen traditionellen Religionen und die fortschrittlichen sunnitischen Muslime, die einen intoleranten und fundamentalistischen Islam ablehnen, sind vermehrt mit Drangsalierungen und Gewalt konfrontiert.

Es sind mehrere Faktoren, die zu einer Zunahme religiöser Intoleranz führen. Die weitverbreitete Korruption in der politischen und wirtschaftlichen Führungsschicht des Landes führt zu Unzufriedenheit in Teilen der Bevölkerung. Der Ruf nach einem strengeren Islam ist verbunden mit der Hoffnung auf mehr Ehrlichkeit und Gerechtigkeit in der Führung des Landes. Vor allem in der Provinz Aceh gibt es besonders viele Anhänger einer konservativen und strengen Auslegung des Islam. Sie ist auch die einzige Provinz, die aufgrund staatlicher Gesetzgebung die Erlaubnis erhalten hat, das Scharia-Recht einzuführen. Auch sonst verfügt sie über weitreichende Sonderautonomierechte. Aceh liegt im äußersten Nordwesten Indonesiens. Hier hat der Islam schon sehr früh Fuß gefasst, möglicherweise schon im achten Jahrhundert. Der Islam hat hier eine längere Tradition als in den anderen Teilen Indonesiens, und es herrscht eine deutlich konservativere Strömung des Islam als im restlichen Indonesien.

Die zunehmende Verbreitung eines sehr konservativen, weniger toleranten Islams hat auch zu tun mit einem steigenden Einfluss Saudi-Arabiens auf die islamische Kultur in Indonesien. Die von Saudi-Arabien weltweit geförderte streng konservative Variante des Islams, der sogenannte Wahhabismus, unterscheidet sich sehr stark von der Form und der Tradition des Islams, wie er bislang in großen Teilen Indonesiens gelehrt und praktiziert

wird. Saudi-Arabien fördert mit viel Geld den Bau von Moscheen, islamischen Zentren, Schulen und Bildungseinrichtungen, die Produktion und Verteilung religiöser Literatur und den Betrieb von Medien. Junge Leute erhalten Stipendien und finanzielle Unterstützung, um in Saudi-Arabien islamische Studien betreiben zu können.

Als Folge werden auch in Indonesien in Bildung und Erziehung zunehmend intolerante Sichtweisen vermittelt. In den Koranschulen, islamischen Privatschulen und Internaten, in den Universitäten, aber auch in vielen Moscheen wird zunehmend ein konservativer Islam gelehrt. Das beeinflusst das Klima in der Gesellschaft.

Die beiden großen islamischen Organisationen in Indonesien, die Nahdlatul Ulama und die Muhammadiyah, sehen sehr wohl die Gefahren, die vom Wahhabismus ausgehen, und versuchen, gegenzusteuern. Die Nahdlatul Ulama hat sogar in einer Fatwa den saudischen Wahhabismus zur Irrlehre erklärt.

### **Ausbreitung islamistischer Gruppen**

Zu den islamistischen Bewegungen, die sich in den vergangenen Jahren in Indonesien ausgebreitet haben, zählt zum Beispiel die Hizb ut-Tahrir (HuT, „Partei der Befreiung“). Sie wurde 1953 in Ostjerusalem gegründet und strebt die Vereinigung aller Muslime weltweit in einem Kalifat unter der Führung eines Kalifen auf der Grundlage der Scharia an. Dazu soll die muslimische Welt von allen westlichen Einflüssen befreit werden. Die Idee des Nationalstaates, Demokratie und säkulare Staatsformen werden abgelehnt. Die HuT soll in Indonesien mehrere Zehntausend Mitglieder haben und gerade auch unter Studenten an den Universitäten Zulauf finden.

Zunehmend ausgebreitet haben sich auch gewaltbereite und gewalttätige islamistische Gruppierungen. Eine der bekannteren unter ihnen ist die Front Pembela Islam (FPI, „Front der Verteidiger des Islams“). Sie wurde 1998 gegründet und war anfangs eine Art selbsternannte Religions- und Sittenpolizei, die gegen Verstöße gegen den Islam vorging, etwa gegen den Verkauf von Alkohol in Geschäften, Restaurants oder Bars oder gegen

Verstöße gegen Fastenregeln im Ramadan. Später kamen Internet-Kampagnen, öffentliche Proteste und Demonstrationen hinzu, die sich zum Beispiel gegen religiösen Pluralismus wendeten oder gegen als „unislamisch“ angesehene Gruppen wie die Ahmadiyya-Gemeinschaft. Auch gegen das Christentum und christliche Einflüsse in Indonesien wurde protestiert. In dem Zusammenhang kam es auch wiederholt zu Gewaltaktionen gegen christliche Einrichtungen.

### **Forderungen nach Kalifat und Scharia für Indonesien**

Bei einer Serie von Großdemonstrationen Ende 2016 und im Frühjahr 2017 mit mehreren Hunderttausend Teilnehmern wurden radikale Forderungen nach Abschaffung der Pancasila, Errichtung eines Kalifats und Einführung der Scharia in Indonesien gestellt. Die Demonstrationen standen im Zusammenhang mit der Gouverneurswahl in Jakarta und sollten die Wiederwahl des bisherigen Amtsinhabers, des chinesisch-stämmigen Christen Basuki Tjahaja Purnama (genannt Ahok), verhindern. Dazu diente auch eine Kampagne, hinter der unter anderem die radikal-islamischen Gruppen FPI und HuT standen, und in der dem Kandidaten Ahok Blasphemie vorgeworfen wurde. Ahok hatte bei einer Wahlkampfveranstaltung dem Führer der Front Pembela Islam (FPI) vorgeworfen, Muslime mit einem Zitat aus dem Koran davon abhalten zu wollen, einen Christen für das Amt des Gouverneurs zu wählen. Das wurde ihm so ausgelegt, als habe er sich abfällig über den Koran geäußert. Ahok verlor die Wahl, wurde der Blasphemie angeklagt und im Mai 2017 zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Diese turbulenten Entwicklungen führten im Juli 2017 dazu, dass die Hisb ut-Tahrir auf Initiative von Präsident Joko Widodo in Indonesien verboten wurde.

### **Präsidentenschaftswahl in 2019**

Indonesien steht vor wichtigen und entscheidenden Wahlen. In 2018 stehen Kommunalwahlen an, in 2019 dann die Präsidentenschafts- und Parlamentswahl. Im Wahlkampf dürfte der Islam eine zentrale Rolle spielen. Der konservative ehemalige General Prabowo Subianto, ein Schwiegersohn des 1998 gestürzten Diktators Mohamed Suharto, will 2019 als Präsidentenschaftskandidat gegen den reformorientierten Amtsinhaber Joko Widodo

antreten. Die Hauptstadt Jakarta wird dabei ein wichtiger Schauplatz für Wahlkampfveranstaltungen, vor allem auch für islamistische Kundgebungen werden. Es ist zu befürchten, dass der neue Gouverneur von Jakarta, Anis Baswedan, dem Präsidentschaftskandidaten Prabowo Subianto dort eine wichtige Plattform bieten will.

### **Diskriminierung und Gewalt gegenüber religiösen Minderheiten**

Der Anteil der protestantischen Christen liegt in Indonesien bei etwa sieben Prozent, der Anteil der Katholiken bei rund drei Prozent. Zusammen machen die Christen also zehn Prozent der Bevölkerung aus, das sind rund 26 Millionen Gläubige. Sehr kleine Minderheiten von Hindus, Buddhisten, Anhängern traditioneller Religionen und anderer Gemeinschaften kommen zusammen auf einen Anteil von etwa drei Prozent.

Trotz der in der Verfassung garantierten Religionsfreiheit leiden religiöse Minderheiten in Indonesien unter verschiedenen Formen der Diskriminierung. Dazu zählen zum Beispiel die gesetzlichen Bestimmungen zum Bau von Kult- und Gebetsstätten aus dem Jahr 2006. Nach diesem Gesetz dürfen Baugenehmigungen für Gebetsstätten, zum Beispiel Kirchen oder buddhistische Tempel, von den lokalen Behörden nur dann erteilt werden, wenn folgende Bedingungen vorliegen: Die Glaubensgemeinschaft, die den Bauantrag stellt, muss mindestens 90 Mitglieder namentlich auflisten, unter Vorlage der Ausweise dieser Personen. Mindestens 60 Personen anderen Glaubens aus der Ortsgemeinde müssen ihre Zustimmung zu dem Bauantrag erteilt haben, vom Ortsvorsteher bestätigt. Es bedarf darüber hinaus einer schriftlichen Empfehlung des für den Bezirk oder die Stadt zuständigen Forums für Religiöse Harmonie. Und schließlich muss das Bezirksministerium für Religionsangelegenheiten eine schriftliche Zustimmung erteilen. Erst dann kann der Bauantrag dem zuständigen Bürgermeister unterbreitet werden, der innerhalb von 90 Tagen nach Zugang eine Entscheidung darüber fällen muss.

Sehr häufig passiert es, dass die erforderlichen Stimmen von 60 Personen anderen Glaubens nicht erreicht werden, weil die muslimische Mehrheit den Bau von Gotteshäusern anderer Religionsgemeinschaften in ihrer Umgebung ablehnt. Wenn sich zum Beispiel Christen dann trotzdem, auch

ohne behördliche Genehmigung, zu Gottesdiensten versammeln, erfahren sie zuweilen Anfeindungen und Gewalt: Ihre Versammlungsstätten werden angegriffen, zerstört, manchmal niedergebrannt. Bei einer wachsenden Anzahl von Kultstätten, insbesondere christlichen Kirchen, haben lokale Behörden – unter dem Druck von extremistischen islamistischen Vereinigungen – in den letzten Jahren Zwangsschließungen verordnet, selbst wenn für die Kirchen eine offizielle Baugenehmigung vorlag. Nach kirchlichen Angaben sollen seit Einführung des Gesetzes im Jahr 2006 mehr als 1000 christliche Kirchen auf diese Weise durch Anordnung der Behörden geschlossen worden sein.

Auch andere religiöse Minderheiten in Indonesien erleben Angriffe und Gewalt, darunter vor allem die islamische Ahmadiyya-Gemeinschaft und Gemeinden der schiitischen Glaubensrichtung. Weil die Ahmadiyya-Gemeinschaft ihren Gründer, Mirza Ghulam Ahmad, als Propheten verehrt, wird sie von vielen Muslimen als häretische Bewegung angesehen, die Irrlehren verbreitet. Im Jahr 2008 veröffentlichte das Religionsministerium eine Erklärung, nach der der Glaube der Ahmadiyya-Gemeinschaft „unislamisch“ ist, weswegen ihr jegliche Tätigkeit in Indonesien verboten ist. Seitdem hat es Hunderte von Gewaltakten gegen Ahmadis und ihre Einrichtungen gegeben, verübt durch intolerante und militante Muslime.

Im April 2014 veröffentlichte eine „Nationale Allianz gegen Schiiten“ eine Resolution, in der sie das sofortige Verbot der Lehre der schiitischen Glaubensgemeinschaft forderten. Die Resolution wurde vor einer Moschee in Bandung öffentlich verkündet. Rund eintausend Anhänger des sunnitischen Islam sollen die Resolution unterzeichnet haben, darunter auch namhafte islamische Geistliche.

Auch Buddhisten waren Ziel von Angriffen. Radikale Islamisten verübten eine Reihe von Anschlägen auf buddhistische Tempel in Indonesien als Antwort auf anti-muslimische Gewalt in Myanmar. Im August 2014 kündigten indonesische Anhänger des „Islamischen Staates“ im Internet über ihre Facebook-Seite an, sie wollten das wichtigste Heiligtum der Buddhisten in Indonesien, den Tempel Borobudur, zerstören, eine der größten buddhistischen Tempelanlagen Südostasiens. Der Tempel ist von der UNESCO als Weltkulturerbe anerkannt.

## **Exemplarische Fälle von Diskriminierung und Gewalt und wichtige Entwicklungen**

Im Folgenden werden einige exemplarische Fälle von Diskriminierung und Gewalt aufgelistet, in denen die Religionszugehörigkeit eine gewisse Rolle spielt. Eine vollständige Darstellung ist wegen der Vielzahl der Vorfälle nicht möglich. Darüber hinaus werden einige wichtige Vorkommnisse und Entwicklungen der letzten zwei bis drei Jahre dargestellt.

Oktober 2015: Auf massiven Druck militanter islamistischer Gruppen, darunter die Islamische Verteidigungsfront (FPI), wurden in der Stadt Singkil in der Provinz Aceh im Nordwesten Indonesiens neun protestantische Kirchen und eine katholische Kapelle abgerissen. Die Islamisten hatten den Behörden ein Ultimatum gestellt und Gewaltaktionen angedroht, falls ihre Forderungen nicht erfüllt würden. Gegenüber der Katholischen Nachrichtenagentur (KNA) beklagte sich die Vorsitzende des Dachverbands der protestantischen Kirchen in Indonesien (PGI), Henrietta Lebang, dies sei ein „grober Verstoß gegen die in der Verfassung garantierte Religionsfreiheit“. Zuvor hatten rund 500 militante Muslime eine protestantische Kirche niedergebrannt. Bei einem Anschlag auf eine andere Kirche war ein Mann erschossen worden. Um weitere Gewalt zu verhindern, setzte die indonesische Regierung Armeeeinheiten ein. Tausende Christen flohen vor der Gewalt in die Nachbarprovinz Nordsumatra.

Dezember 2015: Den Bewohnern der Provinzhauptstadt Banda Aceh wurde von der Stadtverwaltung verboten, Silvesterfeiern abzuhalten. Feuerwerk und Musik seien „unislamisch“ und mit der Scharia nicht zu vereinbaren. Muslime dürften daher ausschließlich das islamische Neujahrsfest feiern. Aceh ist die einzige indonesische Provinz, in der das Schariarecht gilt. Nach einem Beschluss des Regionalparlaments vom September 2014 gilt die Scharia dort auch für Nichtmuslime.

Mai 2016: Beim „Internationalen Gipfel für moderate islamische Führer“ in Indonesiens Hauptstadt Jakarta rief Vizepräsident Jusuf Kalla dazu auf, gemeinsam radikale Kräfte in der islamischen Welt zu bekämpfen. Entscheidend sei, dass die islamischen Staaten mehr für die Entwicklung ihrer Länder tun, denn Radikalismus und Terrorismus hätten ihre Wurzeln in „ge-

scheiterten Staaten“. Veranstalter der Konferenz war die Nahdlatul Ulama (NU), mit rund 40 Millionen Mitgliedern die größte islamische Organisation der Welt. Die Teilnehmer der Konferenz kamen aus 33 islamischen Ländern.

Juni 2016: Die Nahdlatul Ulama (NU) forderte die indonesische Regierung auf, gegen Gruppen vorzugehen, die einen islamischen Gottesstaat für Indonesien fordern. Nach den Erkenntnissen der NU gebe es 15 islamische Organisationen in Indonesien, die Propaganda gegen die Staatsideologie der Pancasila betreiben und damit „Radikalismus und Terrorismus“ fördern würden. Die NU wolle dagegen „so hart wie möglich für den Schutz der Pancasila kämpfen“.

August 2016: Eine gemeinsam veranstaltete Umfrage der Wahid Stiftung und des Indonesia Survey Institute (LSI) ergab, dass 7,7 Prozent der Muslime in Indonesien radikale Einstellungen vertreten. So hoch war unter den befragten Personen der Anteil derjenigen, die Gewaltaktionen gegen andere Religion wie auch gegen islamische Minderheiten akzeptieren. Auf die Gesamtbevölkerung hochgerechnet, wären demnach gut elf Millionen Indonesier anfällig für radikales Gedankengut. Der Anteil der Personen, die selbst schon an Gewaltaktionen beteiligt waren, lag bei 0,4 Prozent. Immerhin 72 Prozent der Befragten sprachen sich klar gegen religiös begründete Gewalt und Intoleranz aus.

August 2016: In einer gemeinsamen Erklärung äußerten die katholische Bischofskonferenz und protestantische Kirchen ihre Sorge über eine Zunahme von islamischem Extremismus in Indonesien. Davon gehe eine „ernste Gefahr“ für die Indonesier insgesamt, vor allem aber für die religiösen Minderheiten aus. Man dürfe dieser Entwicklung nicht tatenlos zusehen. Die Kirchenvertreter hatten zuvor an einer Konferenz mit Sicherheitsexperten teilgenommen. Diese hätten berichtet, dass die Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) inzwischen auch indonesische islamistische Gruppen finanziere. So meldete es die Nachrichtenorganisation UCAN.

November 2016: Am 4. November 2016 demonstrierten etwa 150 000 radikale Muslime gegen den christlichen, chinesisch-stämmigen Gouverneur von Jakarta, Basuki Tjahaja „Ahok“ Purnama, und forderten seine Verhaftung wegen angeblicher Blasphemie. Der Gouverneur hatte bei einer Wahl-

kampfveranstaltung dem Führer der Islamischen Verteidigungsfront (FPI) vorgeworfen, Muslime mit einem Zitat aus dem Koran davon abhalten zu wollen, einen Christen für das Amt des Gouverneurs zu wählen. Das wurde ihm so ausgelegt, als habe er sich abfällig über den Koran geäußert. Anfang Dezember 2016 kam es zu einer zweiten Massendemonstration gegen Ahok. Bei diesen Demonstrationen, zu denen vor allem die radikalen Bewegungen Hizbut Tahrir Indonesia (HTI) und die Islamische Verteidigungsfront (FPI) aufgerufen hatten, wurden auch Forderungen nach einer Abschaffung der Pancasila und der Demokratie und nach Einführung des Kalifats und der Scharia erhoben.

Dezember 2016: Am 13. Dezember 2016 begann vor einem Gericht in Jakarta der Blasphemieprozess gegen den christlichen Gouverneur von Jakarta, Basuki Tjahaja „Ahok“ Purnama.

Februar 2017: Indonesische Medien berichteten, dass Präsident Joko Widodo die Sicherheitskräfte des Landes angewiesen habe, entschieden gegen radikale Gruppen vorzugehen, vor allem gegen solche, die das Prinzip der Pancasila ablehnen. Bei einer öffentlichen Veranstaltung habe der Staatspräsident den namentlich nicht genannten Gruppen vorgeworfen, mit „heiklen Themen wie Rasse, Religion, ethnischer Zugehörigkeit und Klasse“ Stimmung zu machen und „Hassreden, Verleumdungen und Falschmeldungen“ zu verbreiten. „Wir können eine Demokratie haben, aber es gibt keinen Platz für Liberalismus, Radikalismus, Fundamentalismus, Sektierertum, Terrorismus oder andere gegen die Pancasila gerichtete Ideologien“, wurde Widodo in den Medien zitiert.

April 2017: Mit einer deutlichen Mehrheit von 58 Prozent gewann Anies Baswedan die Wahlen für das Amt des Gouverneurs von Jakarta. In der ersten Wahlrunde im Februar 2017 hatte der bisherige Amtsinhaber, der chinesisch-stämmige Christ Basuki Tjahaja Purnama (genannt Ahok), noch knapp vorne gelegen. Die Stichwahl gegen seinen Herausforderer verlor er nun. Radikale Islamisten hatten mit Kampagnen gegen Ahok Stimmung gemacht, um so seine Wiederwahl zu verhindern. Die treibende Kraft war dabei die Hizbut Tahrir Indonesia (HTI). Aber auch die Islamische Verteidigungsfront (FPI) agitierte gegen ihn, etwa mit der Aussage, der Koran verbiete die Herrschaft eines „Ungläubigen“ über Muslime. Wahlentscheidend

dürfte ein Blasphemie-Vorwurf gegen Ahok gewesen sein. Dieser hatte bei einer Wahlkampfveranstaltung dem Führer der FPI vorgeworfen, Muslime mit einem Zitat aus dem Koran davon abhalten zu wollen, einen Christen für das Amt des Gouverneurs zu wählen. Das wurde ihm so ausgelegt, als habe er sich abfällig über den Koran geäußert. Bei zwei Massendemonstrationen Ende 2016 forderten Hunderttausende Muslime die Amtsenthebung und Inhaftierung Ahoks wegen Blasphemie. Tatsächlich wurde Anzeige gegen ihn erstattet und ein Gerichtsprozess eröffnet.

April 2017: Der Rat der Islamgelehrten, das höchste muslimische Gremium in Indonesien, legte ein öffentliches Bekenntnis zur Staatsform der Republik ab und erteilte damit Forderungen aus islamistischen Kreisen nach Umwandlung des Landes in ein Kalifat eine deutliche Absage. Gegenüber der indonesischen Nachrichtenagentur Antara sagte der Vorsitzende des Gremiums, Ma'ruf Amin: „Das indonesische System ist die Republik. Über diese Säule der Nation besteht Konsens. Wir müssen das Kalifat nicht mehr in die Diskussion bringen.“ Insbesondere die Organisation Hizbut Tahrir Indonesia (HTI) hatte immer wieder solche Forderungen erhoben. Ein von ihr in Jakarta geplantes „Internationales Kalifat Forum“ wurde von der Polizei verboten.

Mai 2017: Der christliche Gouverneur von Jakarta, Basuki Tjahaja „Ahok“ Purnama, wurde wegen Blasphemie zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt, obwohl führende Religionsgelehrte und Kleriker der moderaten Nahdlatul Ulama (NU) in dem Verfahren zugunsten von Ahok ausgesagt hatten. In einer „Öffentlichen Erklärung“ brachte die Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes nach dem Urteilsspruch ihre „tiefe Besorgnis“ über die Entwicklungen in Indonesien zum Ausdruck und erklärte sich solidarisch mit dem abgewählten Gouverneur von Jakarta. In der Erklärung heißt es, die Stimmungsmache gegen den bisherigen Amtsinhaber habe es dem Gericht schwermacht, unparteiisch und frei von politischen Einflüssen sein Urteil zu fällen. Der Lutherische Weltbund sprach sich zudem für eine Überarbeitung des indonesischen Blasphemiegesetzes aus. Sehr besorgt äußerte sich auch die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV). Der Asienexperte Ulrich Delius erklärte, für religiöse Minderheiten in Indonesien sei dieses „skandalöse Urteil eine deutliche Warnung, dass Religionsfreiheit und demokratische Bürgerrechte für sie nicht mehr gelten“. Und weiter: „War der Ahok-Prozess anfangs ein dramatischer Fall gezielter Instrumentalisierung

von Religion in der Politik, so wird das Urteil jetzt Schockwellen in die ganze Region entsenden.“ In Indonesien drohe eine Islamisierung von Politik und Gesellschaft, die ganz Südostasien destabilisieren könnte, so Delius.

Juni 2017: Bei einem offiziellen Besuch im Armeehauptquartier in Jakarta betonte der Vorsitzende des Rates der Religionsgelehrten Indonesiens (Majelis Ulama Indonesia, MUI), Ma'ruf Amin, den multireligiösen Charakter des Landes. Das meldete das Nachrichtenportal Jakarta Globe. Indonesien sei kein islamisches Land, sondern ein Land, in dem „Muslime und Nichtmuslime versprochen haben, in Frieden zusammenzuleben und sich gegenseitig zu helfen und zu unterstützen“, so Amin. Der Rat der Religionsgelehrten ist das höchste islamisch-theologische Gremium in Indonesien. Das Bekenntnis des MUI-Vorsitzenden zur religiösen Vielfalt Indonesiens ausgerechnet im Hauptquartier der Armee ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass die Armee weithin frei von islamistischen Einflüssen ist und deswegen bei der Bekämpfung islamistischer Bewegungen eine zentrale Rolle spielt.

Juli 2017: Im Juli 2017 leitete Präsident Joko Widodo Schritte ein, die zu einem Verbot der radikal-islamischen Organisation Hizbut Tahrir Indonesia (HTI) in Indonesien führten. Das Verbot wurde durch das Ministerium für Justiz und Menschenrechte ausgesprochen. Der Präsident hatte ein Dekret erlassen, das der Regierung erlaubt, ohne weiteren Gerichtsbeschluss Organisationen zu verbieten, die die Verfassung ablehnen und die offizielle staatliche Ideologie der Pancasila in Frage stellen und aktiv gegen sie vorgehen. Die HTI hatte im Vorfeld der Gouverneurs-Wahlen gegen den amtierenden Gouverneur von Jakarta, den chinesisch-stämmigen Christen Basuki Tjahaja Purnama (genannt Ahok), gehetzt und ihm Blasphemie vorgeworfen. Der bis dahin beliebte Politiker hatte daraufhin im April 2017 die Wahl für das Gouverneursamt verloren.

August 2017: Mehr als 2000 junge Katholiken aus 21 Ländern kamen in Yogyakarta in Zentraljava zum 7. Asiatischen Jugendtag zusammen. Das Motto der Veranstaltung lautete: „Joyful Asian Youth – Das Evangelium im multikulturellen Asien leben“. Yogyakarta gilt als Zentrum der javanischen Kultur. Die Universitäten machen die Stadt zu einem intellektuellen und toleranten Zentrum Indonesiens. Dafür zeugen auch die hinduistische Tempelanlage

Prambanan aus dem 9. Jahrhundert und die buddhistische Tempelpyramide Borobudur aus dem 8. Jahrhundert, beide in der Nähe von Yogyakarta gelegen. Sie zählen zu den bedeutendsten Tempelanlagen Südostasiens.

November 2017: Zwei indonesische Forschungsinstitute (Mata Air Foundation und Alvara Research Center) veröffentlichten Umfrageergebnisse, wonach mehr als 20 Prozent der Oberschüler und Studenten in Indonesien die Gründung eines islamischen Kalifats befürworten würden. 82 Prozent der Befragten hätten gemischtreligiöse Ehen abgelehnt, 91 Prozent Homo-, Bi- und Transsexuelle als moralisch anstößig beurteilt. Die zunehmende Radikalisierung der jungen Leute werde durch islamische Studienkreise an den Schulen und Universitäten bewirkt.

November 2017: Nach einem entsprechenden Urteil des Verfassungsgerichtes können die Ureinwohner Indonesiens zukünftig ihre Stammesreligion in ihrem Personalausweis eintragen lassen. Bislang waren nur die sechs offiziellen Religionen als Eintrag möglich.

Dezember 2017: Der neue Gouverneur der Hauptstadt Jakarta, Anis Baswedan, scheiterte mit seinem Plan, vor dem Nationaldenkmal Monumen Nasional (Monas) eine große, staatliche Weihnachtsfeier unter freiem Himmel zu veranstalten. Im Oktober 2017, kurz nach seinem Amtsantritt, hatte der neue Gouverneur das Verbot politischer und religiöser Kundgebungen am Nationaldenkmal Monas aufgehoben, wohl mit der Absicht, dass hier auch wieder islamistische Kundgebungen stattfinden sollten. Die katholischen Bischöfe jedenfalls deuteten den Plan, am Monas auch eine staatliche Weihnachtsfeier zu veranstalten, als eine Instrumentalisierung des Weihnachtsfestes für politische Zwecke, und lehnten den Plan ab. Auch die Nutzung des Nationaldenkmals für politische Kundgebungen lehnen die Bischöfe ab. Proteste kamen auch von der evangelischen Kirche. Der kirchliche Widerstand gegen die Weihnachtsfeier am Monas war erfolgreich. Der Gouverneur verschob den Termin auf den 5. Januar und verlegte die staatliche Feier in die Messehallen. Außerdem besuchte er an Heiligabend demonstrativ den Gottesdienst in der katholischen Kathedrale von Jakarta.

Februar 2018: Indonesische Medien berichteten, die Polizei in Indonesien habe Anweisungen erhalten, Gotteshäuser und Gebetsstätten sowie reli-

göse Personen besser zu schützen. Vorausgegangen war eine Serie von Anschlägen auf religiöse Einrichtungen. Zuletzt war am 11. Februar 2018 ein mit einem Schwert bewaffneter muslimischer Prediger in die katholische Kirche St. Lidwina in Jogjakarta eingedrungen und hatte vier Menschen, darunter den Gemeindepfarrer verletzt. Ein Sprecher des Parlaments rief die Bürger Indonesiens auf, an der Harmonie der Religionen festzuhalten. Der Rat der Religionsgelehrten (MUI) verurteilte den Anschlag auf die katholische Kirche als „barbarischen Akt der Intoleranz“.

März 2018: Angesichts wichtiger Wahlen in 2018 und 2019 rief Präsident Joko Widodo in einer öffentlichen Rede die Indonesier zu religiöser Toleranz auf. Das meldete der asiatische katholische Pressedienst Ucanews. In 2018 finden in zahlreichen Provinzen, Distrikten und Städten Kommunalwahlen statt. In 2019 wählt Indonesien ein neues Parlament und einen neuen Präsidenten. Politische Beobachter erwarten, dass der Islam im Wahlkampf ein wichtiges Thema sein wird. Bei der Wahl eines neuen Gouverneurs in der Hauptstadt Jakarta in 2017 hatten einflussreiche islamistische Bewegungen mit Propaganda und Massendemonstrationen eine wahlentscheidende Rolle gespielt.

### **Quellen**

- *Agenzia Fides (missionarischer Nachrichtendienst der katholischen Kirche)*
- *Asia News (Nachrichtendienst des Päpstlichen Instituts für die auswärtigen)*
- *Missionen – PIME)*
- *Deutsche Welle (DW): [www.dw.com](http://www.dw.com)*
- *Freedom House*
- *Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM)*
- *Katholische Nachrichtenagentur (KNA)*
- *Radio Vatikan, Newsletter*
- *Union of Catholic Asian News (UCAN)*
- *U.S. Department of State: International Religious Freedom Report (IRFR), 2016*
- *U.S. Commission on International Religious Freedom (USCIRF): Annual Report 2017*
- *ZENIT (Nachrichtenagentur)*